

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Förderung der Arbeitsmarktintegration in Oberösterreich und finanzielle Absicherung bestehender Unterstützungsangebote

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Budget für das AMS OÖ 2025 nicht gekürzt, sondern entsprechend den Herausforderungen erhöht wird.

Begründung

Im November 2024 waren laut AMS in Oberösterreich 35.884 Personen arbeitslos, um 19,6 % mehr als im Vorjahr, sowie 10.509 Personen in Schulungen. Neben den überdurchschnittlich hohen Anstiegen bei Ausländer:innen, Langzeitbeschäftigungslosen und Lehrstellensuchenden ist besonders auffällig, dass die Hälfte der oberösterreichischen Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss und keine Berufsausbildung hat. Trotz steigender Arbeitslosenzahlen sind Kürzungen des AMS-Budgets 2025 geplant. In Oberösterreich sollen die Mittel zusätzlich zur fehlenden Inflationsanpassung um rund 10 Millionen Euro reduziert werden. Wenn Kund:innen in wenigen Minuten abgefertigt werden müssen, leidet die Qualität der Beratung beim AMS und der ganzheitliche Blick auf Menschen, die sich in einer schweren persönlichen Belastungssituation durch den Verlust des Arbeitsplatzes befinden.

Die Kürzung der Fördermittel bei gleichzeitig gestiegenen Betriebs- und Personalkosten gefährden auch die Existenz von Sozialvereinen, sozialökonomischen Betrieben und Arbeitstrainingszentren. Es bedarf daher einer Evaluierung des Förderprogramms „Upper work“, bei der die Teilnehmer:innenzahl und die Erfolgsquote aller Maßnahmen erhoben werden. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Standortpartnern AMS und Sozialministeriumservice soll die Landesregierung folgende Ziele verfolgen, um die Arbeitsmarktintegration zu verbessern:

- Anstatt zu kürzen, muss das AMS-Budget offensiv angehoben werden, um die großen Herausforderungen am Arbeitsmarkt zu stemmen
- Die Berater:innen des AMS OÖ müssen die Kapazitäten für ausführliche, wertschätzende Einzelberatung bekommen. Am Ende jedes Beratungsprozesses soll zumindest ein reales (Job-)Angebot stehen.
- Ausreichende Finanzierung der überbetrieblichen Lehrausbildung

- Treffgenaue Projekte für unqualifizierte Menschen mit einem Lehrabschluss als Zielsetzung, vgl. die Initiative „BAU packt an“ in Kärnten
- Optimierung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungen und Unterstützungsangebote bei Nostrifizierungsverfahren auch abseits von Pflegeberufen.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind überzeugt, dass diese Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration nicht nur die Beschäftigung fördern, sondern auch die soziale Sicherheit im Land stärken.

Linz, am 12. Dezember 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Haas, P. Binder, Heitz, Strauss, Engleitner-Neu, Höglinger, Wahl, Margreiter